



Dr. Dagmar Enkelmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
1. Parlamentarische Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 78 220
☎ (030) 227 – 76 219
✉ dagmar.enkemann@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 25. Juni 2010

Hebammen-Beruf sichern

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, fordert schnelles Handeln der Bundesregierung

Die finanzielle Situation von Hebammen und Geburtshelfer ist dramatisch. Zu geringe Entgelte für ihre Leistungen und hohe Haftpflichtprämien zehren die Einkommen vor allem freiberuflicher Hebammen und Geburtshelfer auf. Das wird sich durch die am 1. Juli 2010 exorbitant steigenden Prämien für Haftpflichtversicherungen zuspitzen. Am Ende werden sich freiberufliche Hebammen gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben. Geburtshäusern droht Schließung.

Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits im April 2010 eine Anfrage "Zur Situation der Hebammen und Entbindungspfleger in Deutschland" gestellt. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass das Bundesgesundheitsministerium noch im Mai dieses Jahres von den Problemen und Protesten der Hebammen weder etwas wissen wollte, noch Handlungsbedarf sah. Mittlerweile erkennt die Bundesregierung an, dass Hebammen bessere Arbeitsbedingungen brauchen. "Dem müssen jetzt endlich Taten folgen, jetzt ist schnelles Handeln geboten", betont Dr. Dagmar Enkelmann.

Ihre Fraktion hat dazu Mitte Juni einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. In diesem fordert DIE LINKE, dass Krankenkassen und Hebammenverband sich kurzfristig über eine deutliche Erhöhung der Vergütung einigen. Art und Umfang der Hebammenleistungen sollen dann gesetzlich festgeschrieben werden, um auf dieser Grundlage ein angemessene Vergütung berechnen zu können. Darüber hinaus ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu beauftragen, die Angemessenheit der Prämien der Haftpflichtversicherer für Hebammen und Geburtshelfer zu überprüfen. Schließlich, so fordert DIE LINKE, ist gesetzlich ein gemeinsamer Haftungsfonds für alle Heilberufe zu schaffen.

Anlage: Antrag der Fraktion DIE LINKE "Versorgung durch Hebammen und Entbindungspfleger sicherstellen", Drs. 17/2128